

Donnerstag, 29. Juni 2017, 10.45 Uhr

Milliarden-Drohung aus den Niederlanden: Stiftung setzt VW die Pistole auf die Brust

Der Volkswagen-Konzern muss sich in Folge des Abgas-Skandals mit einer neuen Milliarden-Drohung auseinandersetzen. Diese kommt von einer Stiftung aus den Niederlanden – und könnte dem Autobauer wohl durchaus gefährlich werden.

Die niederländische Stiftung "Volkswagen Car Claim" will stellvertretend für bis zu 180.000 geschädigte Eigentümer manipulierter Diesel-Fahrzeuge in dem Land womöglich gegen den deutschen Autobauer klagen. Wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" mit Bezug auf ein Vorstandsmitglied der Stiftung, Guido Van Woerkom, berichtet, gehe es dabei um 4 bis 4,5 Milliarden Euro.

Weiter berichtet die Zeitung, die Stiftung wolle im August zunächst einen dritten und letzten Versuch unternehmen, sich außergerichtlich mit Volkswagen zu einigen. Dabei gehe es um eine Summe, die insgesamt niedriger ausfalle als 4,5 Milliarden Euro, die "aber immer noch substantiell" sei, wie Van Woerkom der "FAZ" versicherte.



Dem VW-Konzern droht offenbar eine Milliarden-Klage aus den Niederlanden. (Foto: Volkswagen)

Stiftung: Käufer wurden getäuscht

In den Niederlanden haben Stiftungen einen größeren juristischen Einfluss als in Deutschland. So können sie etwa gesammelt Feststellungen durch ein Gericht beantragen. Sollte man keine Einigung erzielen, würde "Volkswagen Car Claim" in Amsterdam oder Rotterdam gegen den Konzern vor Gericht gehen.

Die Stiftung geht davon aus, dass Käufer beim Erwerb manipulierter Modelle des Konzerns getäuscht worden sind. Betroffene Kunden müssten daher vom Kaufvertrag entbunden werden und das Auto gegen Kaufpreiserstattung zurückgeben können. Die Summe von bis zu 4,5 Milliarden Euro ergibt sich demnach aus einem angenommenen durchschnittlichen Kaufpreis von 25.000 Euro bei rund 180.000 Geschädigten in den Niederlanden.

"Sehr unbefriedigende Antworten" von VW

Jedoch schränkt die "FAZ" in ihrem Bericht auch ein, dass sich für das Zustandekommen der Summe noch viele Niederländer bei der Stiftung melden müssten. Anschließen könne man sich demnach kostenlos, nur im Erfolgsfall müsse man bis zu 18 Prozent der zugestandenen Entschädigung an die Stiftung abtreten.

Bisher habe die Stiftung zwei Briefe nach Wolfsburg geschickt und darauf "sehr unbefriedigende Antworten" erhalten, zitiert das Blatt Van Woerkom. Ein dritter Brief werde im August verschickt; sollte sich dann weiterhin keine Einigung andeuten, werde man im September zum Gericht gehen. (mer)

Lesen Sie auch:

[Justiz-Dickicht im Abgas-Skandal: Auf diesen Baustellen ackern die VW-Anwälte](#)

[Gerichtsverfahren im Abgas-Skandal bei Volkswagen: Kläger-Anwälte wollen Antworten vom EuGH](#)

[Neue Eskalationsstufe im Dieselskandal: USA lassen nach fünf VW-Managern fahnden](#)